

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 09.05.2017

„Pädagogischer Notstand“ in Teilen der Landeshauptstadt? - Landesregierung muss Bildung für alle Kinder auch in „sozialen Brennpunkten“ sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Am 28.04.2017 schrieb die *Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)*: „Mühlenberg: Experten klagen ‚pädagogischen Notstand‘ an“. Anlass für den Bericht war ein Forderungskatalog einer „Initiative zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen“, den Bildungsexperten aus der Landeshauptstadt unterzeichnet hatten.

Die Unterzeichner weisen darin darauf hin, dass an der Grundschule Leuschnerstraße im hannoverschen Stadtteil Mühlenberg der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei fast 90 % liege. Die Entwicklung der Schule sei „absolut inakzeptabel“ u. a. in Bezug auf die „unerträglichen Zustände in der Versorgung mit ausreichend pädagogischem Personal zur Begleitung, Betreuung und Förderung der Kinder“. Die Rede ist von „Fehlentwicklungen durch politische Entscheidungen“.

Die Unterzeichner fordern u. a. mehr Lehrkräfte und ein Ganztagsangebot an der Grundschule sowie eine bessere Ausstattung bei Sprachförderung, Inklusion und Prävention. Sie schreiben zur Situation an der Grundschule und einer benachbarten Oberschule: „Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung und die Landeshauptstadt Hannover auf, dem Notstand in diesen Schulen abzu- helfen.“

Erst wenige Wochen zuvor waren dramatische Zustände in einer Kita im Canarisweg ebenfalls im Stadtteil Mühlenberg bekannt geworden. Dort musste das Außengelände gesperrt werden, weil Anwohner Medienberichten zufolge immer wieder Müll, Zigaretten, Möbel und Elektrogeräte von oben herunterwerfen, sodass der Außenbereich „voll mit Scherben, Nägeln und Tackern“ liege. Die Bildungsdezernentin der Stadt Hannover sprach laut *Neue Presse* vom 25.03.2017 von einem „Zustand, der nicht tragbar ist.“ Zugleich gebe es im Stadtteil einen Mangel an Plätzen in der Kinderbetreuung, wie die *HAZ* am 29.03.2017 berichtete. Die Betreuungsquote im Kita-Bereich liege nur bei knapp 84 % - das ist die niedrigste Quote in ganz Hannover.

Der Stadtteil Mühlenberg ist dabei ein Beispiel für einen „sozialen Brennpunkt“ in einer Großstadt mit einem hohen Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund und geringem Einkommen. Ein Drittel der Familien in Mühlenberg hat kein Einkommen aus Erwerbsarbeit. Nur 26,7 % der Grundschüler werden nachmittags betreut, während es in anderen Stadtteilen 100 % sind (*HAZ* vom 28.04.2017). Im Stadtbezirk Ricklingen, zu dem Mühlenberg gehört, besuchen nur 36,8 % der Kinder eine Krippe.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept zur Verbesserung der Bildungsangebote in „sozialen Brennpunkten“ zu erarbeiten,
2. landesweit für eine ausreichende Anzahl von Sprachlernklassen und sonstigen Sprachfördermaßnahmen zu sorgen und dabei „soziale Brennpunkte“ besonders in den Blick zu nehmen,
3. sicherzustellen, dass auch in Schulen, an denen ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund hat, ausreichend Schulsozialarbeiter und pädagogisches Unterstützungspersonal tätig ist.

Begründung

Die LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V. bezieht sich bei der Definition des Begriffs „Soziale Brennpunkte“ auf eine Formulierung des Deutschen Städtetags von 1979. Auf ihrer Internetseite schreibt die LAG: „‘Soziale Brennpunkte‘ sind Wohngebiete, in denen Faktoren, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner/innen und insbesondere die Entwicklungschancen beziehungsweise Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten (Definition des Deutschen Städtetags 1979). ‚Soziale Brennpunkte‘ sind dabei nicht in erster Linie als Problem zu sehen, vielmehr erbringen diese Gebiete mit ihrer hohen Armutsquote, hohen Arbeitslosigkeit und besonders vielen Zuwanderer/innen eine enorme Integrationsleistung für die Gesamtgesellschaft und brauchen dafür dauerhafte Ressourcen und Strukturen.“ (Quelle: <http://www.lag-nds.de/lexicon/3>).

Anknüpfend an diese Definition ist festzustellen, dass Land und Kommunen für die Bereitstellung und Gewährleistung der genannten Ressourcen und Strukturen verantwortlich und zuständig sind. In der Niedersächsischen Verfassung heißt es in Artikel 4 a Abs. 2 unter der Überschrift „Schutz und Erziehung von Kindern und Jugendlichen“: „Staat und Gesellschaft tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge.“

Zu den Unterzeichnern des Forderungskatalogs für die Verbesserung der schulischen Situation in Mühlenberg zählen u. a. Prof. Dr. Manfred Bönsch, emeritierter Professor für Erziehungswissenschaft der Leibniz Universität, und Georg Willmer, ehemaliger Leiter der Integrierten Gesamtschule (IGS) Mühlenberg. Der Kirchenvorstand der ev.-luth. Bonhoeffer-Gemeinde in Mühlenberg unterstützt die Initiative. Die Unterzeichner beklagen nicht nur die Situation an der Grundschule Hannover-Mühlenberg (Leuschnerstraße), sondern auch die an der Peter-Ustinov-Schule im benachbarten Stadtteil Hannover-Oberricklingen.

Der Vorsitzende des Kirchenvorstands der Bonhoeffer-Gemeinde schreibt: „So ist für uns die Entwicklung der Grundschule in der Leuschnerstraße - angefangen vom desolaten Zustand des Gebäudes bis hin zu den unerträglichen Zuständen in der Versorgung mit ausreichendem Personal zur Begleitung, Betreuung und Förderung der Kinder - absolut inakzeptabel. Wie ist es möglich, dass eine Grundschule mit fast 90 % Migrationsanteil in der Zusammensetzung der Schülerschaft so unzureichend seitens des Schulträgers und des Landes gefördert und unterstützt wird?“

Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) sagte am 09.09.2016 laut einer Pressemitteilung zum Thema Sprachförderung: „Je früher die Integration von Kindern mit Migrationsgeschichte ansetzt, desto erfolgreicher verläuft sie.“ Diese Aussage steht im Gegensatz dazu, dass es in Teilen der Landeshauptstadt Hannover wie z. B. in Hannover-Mühlenberg nicht gelingt, für alle Kinder mit Migrationshintergrund, die für einen Kita-Platz angemeldet werden, auch einen solchen zur Verfügung zu stellen. Hier ist die Landesregierung gefordert, gemeinsam mit den betroffenen Kommunen eine Lösung zu finden und die betroffenen Kommunen gegebenenfalls entsprechend zu beraten. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) war von 2006 bis 2013 Oberbürgermeister von Hannover.

Wie die Statistiken zu den einzelnen Stadtteilen der Landeshauptstadt Hannover zeigen, ist Mühlenberg kein Einzelfall hinsichtlich der Bildungs- und Betreuungssituation sowie der Zusammensetzung und Einkommenssituation der Bevölkerung. Aufgrund der in Mühlenberg offensichtlich bestehenden Probleme erscheint es sinnvoll, erforderlich und angebracht, dass die Landesregierung in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept zur Verbesserung der Bildungsangebote in „sozialen Brennpunkten“ erarbeitet. Auf dieser Grundlage könnten die Schwierigkeiten der Stadtteile in Bezug auf die Bildungsangebote und deren Defizite identifiziert und gezielt nachgesteuert werden. Dafür wäre auch der Einsatz von Förderprogrammen des Landes denkbar.

Das sichere Beherrschen der deutschen Sprache ist und bleibt die entscheidende Grundlage für Bildungserfolg in unserem Land. Es ist Aufgabe der Landesregierung, für eine ausreichende Ausstattung mit Ressourcen für die Sprachförderung an allen Schulen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf zu sorgen. Dies gilt insbesondere auch für „soziale Brennpunkte“ und Schulklassen, in denen Kinder mit deutscher Herkunftssprache in der Minderheit sind.

Bei der Ausstattung von Schulen mit Schulsozialarbeit in Landesverantwortung hat die Landesregierung die Möglichkeit, bei besonderen Bedarfen, wie sie in „sozialen Brennpunkten“ existieren,

deutliche Schwerpunkte zu setzen. Dies gilt vergleichbar auch bei pädagogischem Unterstützungspersonal.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer